

Home (/) > BAV-Newsletter Übersicht (/nl123ba456) > Archiv (/nl123ba456/uebersicht) > Juni 2016 (/nl123ba456/uebersicht/06_2016) > Pensionsreform

Sind weitere Pensionsreformen nötig?

Wie stark steigt die Lebenserwartung wirklich und welche Folgen sind damit verbunden? Wie wirken sich die bisherigen Reformen auf die Pensionen aus und sind weitere Pensionsreformen nötig? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen wir uns intensiv in diesem Artikel – hinterlegt mit spannenden Fakten und interessanten Kommentaren.

Sind weitere Pensionsreformen notwendig oder nicht?

Erinnern Sie sich noch? **Am 29.2.2016** fand der lange im Voraus festgesetzte Pensionsgipfel statt. Ziel war u.a. die Überprüfung, ob das **Pensionsantrittsalter ausreichend genug gestiegen sei** oder ob man hier nachschärfen müsse, um das staatliche Pensionssystem weiter zu stabilisieren. Viele Österreicherinnen und Österreich befürchteten bereits im Vorfeld, dass sich auch nach dem 29.2. nicht allzu viel ändern werde, hatten sich doch die beiden Regierungsparteien schon Monate davor in ihren Positionen ziemlich eingegraben. Auch von internationalen Organisationen gab es in den letzten Monaten zahlreiche Kritik, dass unser **Pensionssystem nicht nachhaltig finanzierbar sei**.

Ergebnis: Es kam, wie es kommen musste: Der Gipfel brachte kaum greifbare Ergebnisse. Wir haben im letzten Newsletter (/nl123ba456/uebersicht/04_2016/pensionsgipfel) bereits darüber berichtet.

Keine Entwarnung in Sicht

Kürzlich jubelte unsere „alte“ Regierung, weil der Zuschuss-Bedarf des Staates zu den Pensionen nicht so stark steigen würde, wie von der Pensionskommission vorhergesagt. Ist also Entwarnung angesagt? Nein!

Die Jubelmeldung basiert auf den Annahmen, die die Regierung im Finanzrahmen 2016 selbst getroffen hat. In dieser Vorschau nahm die „alte“ Regierung an, dass der aus Steuern finanzierte Zuschuss zur defizitären staatlichen Pensionsversicherung bis 2019 nicht auf 13,3 sondern auf "nur" 12,5 Milliarden Euro klettern werde. Heuer dürfte der **Zuschuss aus dem Budget zur Defizit-Abdeckung der staatlichen Pension knapp 10,8 Milliarden Euro** betragen, wie die Zahlen in der Grafik des Think Tanks

Handlungsbedarf durch Demographie – wie Altersarmut verhindern?

Handlungsbedarf im staatlichen Pensionssystem ist durch die oben zitierten demographischen Umwälzungen weiter gegeben. Daher sind viele Experten von den minimalen Ergebnissen des Pensionsgipfels enttäuscht. Und auch eine **aktuelle Studie des Forschungsinstituts Eco Austria** zeigt, dass die bisherigen Pensionsreformen seit dem Jahre 2000 künftig zu enormen Kürzungen bei den staatlichen Pensionen führen werden. Eco Austria Chef Ulrich Schuh spricht im Standard von einer "gewaltigen Schieflage und Umverteilung".

Frauen-Pension sinkt auf 840 Euro, bei Männern auf knapp 1.300 Euro

Eines der wenigen konkreten Ergebnisse des Pensionsgipfels am 29.2. war der Beschluss, die Ausgleichszulage von aktuell 883 Euro auf 1.000 Euro zu erhöhen, wenn man 30 oder mehr Jahre gearbeitet hatte. Dies soll ab nun rund 20.000 Menschen, hauptsächlich Frauen, zugutekommen. Die Studie von Eco Austria kommt nun zum Ergebnis, dass auf Grund der Pensionsreformen die Frauen-Pensionen für nach 1970 geborene Frauen auf weniger als 840 Euro fallen werden. D.h. die Zielgruppe für das soeben verabschiedete 1.000-Euro-Zuckerl wird sich dramatisch erhöhen.

Konkret zitiert der Standard aus der Eco Austria Studie wie folgt: „Eine 1952 geborene Frau, die mit 62 Jahren nach einer durchschnittlichen Karriere als Angestellte in Pension geht, hat einen Pensionsanspruch von knapp 1.320 Euro. Wer nach 1970 geboren wurde, darf mit nicht einmal 900 Euro Bruttopension rechnen, ab 1973 sind es sogar weniger als 840 Euro, wovon rund 550 Euro durch eigenen Beiträge gedeckt sind.

Der Hauptgrund für dieses Absinken: Mit der Pensionsreform 2003 wurde die

Agenda Austria zeigen: (zum Vergrößern bitte klicken)



(/images/bav_nl/06_2016/pic_zuschuss_gross.png)

Für den damaligen Sozialminister Alois Stöger waren diese günstigeren Kosten der Beweis, dass man "auf einem guten Weg" sei und die – bisher sanften – Reformen im Pensionssystem ausreichend seien, weil der Zuschuss zu den Pensionen aus Steuergeld **weniger stark steige als erwartet, nämlich um "nur" 16 Prozent in drei Jahren**. Wie kommt die Regierung auf diese „Reduktion“?

1. Einerseits nimmt sie an, dass durch das niedrige Zinsniveau auch weiterhin die Inflation niedrig bleibt, womit die jährlichen Pensionsanpassungen geringer ausfallen werden. Diese Erwartung macht laut Agenda Austria etwa ein Drittel der nun angenommenen „Einsparung“ aus und hat durchaus Chance auf Realisation.
2. Die andere „Einsparung“ entsteht dadurch, dass es keine Invaliditätspension für Menschen unter 50 Jahren mehr gibt. Da jedoch das Rehabilitations-Programm und die **neuerliche Eingliederung dieser Menschen in den Berufsprozess bisher dramatisch gescheitert ist** (die dazu recherchierten Zahlen finden Sie in unserem BAV-NL vom Februar (/nl123ba456/uebersicht/02_2016/pensionssystem)), wandern die Kosten für diese „FrühpensionistInnen“ **von der staatlichen Pensionsversicherung in den Topf der Gesundheitskosten**, der das Reha-Geld finanziert. Das lässt sich bereits mit Zahlen untermauern. Wurden 2014 noch etwa 100 Millionen Euro Reha-Geld bezahlt, waren es 2015 bereits über 260 Millionen. Um diese 160 Millionen Euro wurde das Pensionssystem entlastet, aber das Gesundheitssystem belastet. Also keine Einsparung, sondern nur ein Verschieben. Also eine Pensionsreform abzusagen, ist wohl verfrüht!

Auswirkungen der bisherigen Reformen auf den Einzelnen?

Das soll nicht heißen, dass die bisherigen Pensionsreformen auf den Einzelnen keine Auswirkungen gehabt hätten. Wie stark die künftigen Pensionen sinken werden, darauf gehen wir im zweiten Teil dieses Beitrages ein. Zuvor jedoch wollen wir uns mit dem **Hauptgrund für die Probleme des Pensionssystems**

Lebensdurchrechnung eingeführt. Es zählen also nicht mehr nur die besten Jahre für die Pension, sondern alle Beitragsjahre. Und diese Regelung entfaltet nun zunehmend ihre Wirkung.

Auch Männer sind betroffen, aber nicht derart stark

Der Standard schreibt folgendes: „Ein Mann, der 1950 geboren wurde und eine durchschnittliche Erwerbskarriere als Angestellter vorweisen kann, darf heute mit einer Pension von brutto 1.796 Euro rechnen. Durch eigene Pensionsbeiträge sind 1.113 Euro gedeckt, den Rest muss der Staat aus Steuermitteln zuschießen.“

Wer 1970 geboren wurde, darf im Schnitt mit 1.528 Euro Pension rechnen. Wer erst **1989 zur Welt kam**, wird nach Preisen des Jahres 2014 weniger als 1.300 Euro bekommen (also 28 Prozent weniger als ein 1950 geborener Mann), danach erfolgt eine Stabilisierung. Ob man von diesen Pensionen dann auch leben können wird, darf wohl bezweifelt werden. Denn schon jetzt kann man kaum von 840 Euro leben. Die **drohende Altersarmut** lässt sich wohl nur verhindern, wenn man die staatliche Pension durch die 2. und 3. Säule ergänzt.

Gesamt-Pensionsansprüche im Vergleich zu den geleisteten Beträgen

Ökonom Ulrich Schuh hat in dieser Studie auch berechnet, wie sich dank der wachsenden Lebenserwartung die Gesamt-Pensionsansprüche entwickeln und wieviel davon durch Beiträge gedeckt war/ist. Ein 1950 geborener Mann darf demnach mit knapp 386.000 Euro Pension bis zu seinem Tod rechnen. Dann steigen die Ansprüche sogar noch etwas. Am meisten bekommen die 1956 geborenen Männer. Nur rund 240.000 Euro davon sind durch eigene Beiträge gedeckt, etwa 20.000 Euro entfallen auf Ersatzzeiten, also Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Kindererziehung.

Dramatische Einbrüche – bis zu 40% bei Frauen

Bei den Frauen zeigt sich ein wesentlich deutlicherer Abfall als bei den Männern. Eine 1952 geborene Frau darf aktuell 353.000 Euro bis zum Lebensende erwarten. Eine 1973 geborene Angestellte wird nur mehr knapp 246.000 Euro bekommen, also um fast 40 % weniger! Erst danach gibt es wieder einen leichten Anstieg. Zitiert wiederum Der Standard aus der Studie.

Die Conclusio von Ökonom Schuh im Standard: „Die jüngere Generation schultere bereits einen

beschäftigen, nämlich mit der ständig **steigenden Lebenserwartung**.

Bereits jetzt kann man vorhersagen, dass es für das österreichische Pensionssystem und damit für das österreichische Budget so lange **keine nachhaltige Lösung gibt**, solange man die Pensionshöhe nicht an die Lebenserwartung koppelt, wie es z.B. Schweden im Zuge einer Reform getan hat. Bis dahin besteht in Österreich weiterhin Reformbedarf im staatlichen Pensionssystem, der durch die **Budgetnöte des Staates immer größer werden wird**.

Enorme Kosten für Defizit-Abdeckung der Pensionsversicherung

Die folgende Grafik zeigt, **welch dramatisch großen Anteil** des österreichischen Budgets die Kosten für die **Defizit-Abdeckung der Pensionsversicherung** bereits jetzt ausmacht: Sehen Sie sich den dominierenden roten Block an, der doppelt so groß ist, wie die gesamten Bildungsausgaben und rund vier Mal so groß ist wie die Ausgaben für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei sollte es eigentlich umgekehrt sein, um Österreich zukunftsfit zu machen und der jungen Generation eine gute Ausbildung und den älteren Generationen Hilfe bei eventuell nötigen Berufsumstiegen bieten, sowie aktive Arbeitsplatzpolitik betreiben zu können.



(/images/bav_nl/06_2016 /pic_staatsausgaben_gross.png)
Klick um zu vergrößern

Lebenserwartung steigt und steigt ...

Die ExpertInnen vermissten nach dem Pensionsgipfel am 29.2. eine stärkere Berücksichtigung des stetig steigenden Lebensalters und (automatische) Maßnahmen im Pensionssystem, damit dieses mit diesen finanziellen Belastungen umgehen könne. Wie dramatisch die Entwicklung ist, konnte man knapp vor dem Pensionsgipfel im "Versicherungsjournal", das aktuelle Daten der Statistik Austria zitierte, nachlesen.

Der menschlich erfreuliche Befund

2014 geborene Buben können 78,9 Lebensjahre erwarten, rund zehn Jahre mehr als noch 1980.

beträchtlichen Teil der bisherigen Pensionsreformen. Wie man konkret betroffen ist, hänge stark vom Geburtsdatum ab und gleiche somit einem Glücksspiel. Und es bestehe die Gefahr, dass man die jüngere Generation "überstrapaziert". (Quelle: Der Standard)

Private Initiative rund um Nationalbank-Präsident Claus Raidl

Die Eco Austria Studie nahm auch Präsident Raidl zum Anlass, um auf Reformen zu drängen. Konkret nahm dieser Bezug auf die Entwicklung der gesamten Pensionszahlungen des Staates und der immer größer werdenden Deckungslücke, wie die folgende Grafik zeigt:

Entwicklungen der Pensionsleistungen in Mrd. Euro



(/images/bav_nl/06_2016

/pic_pensionsleistungen_gross.jpg)

In obiger Tabelle werden die **Leistungen für alle PensionistInnen** (Arbeiter und Angestellte, Beamte, Bauern, Selbstständige etc.) zusammengerechnet. Diese sind 2014 um rund 3,6 Prozent auf rund 49,8 Milliarden Euro gestiegen, wie das FondsProfessionell zitiert. Da die Beiträge der Versicherten nur rund 28,4 Milliarden Euro betragen, ergibt sich eine Lücke von 21,4 Milliarden Euro, die aus dem Budget abzudecken ist. **Und diese Lücke wächst von Jahr zu Jahr.**

Ein weiterer bekannter Proponent dieser Initiative ist **Wolfgang Mazal, Professor für Arbeits- und Sozialrecht an der Uni Wien**. Er spricht sich klar für „eine Kopplung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung“, aus.

Die zentralen Forderungen der Gruppe rund um ÖNB-Präsident Raidl:

- ✓ Anhebung gesetzliches und faktisches Pensionsantrittsalter für Männer & Frauen
- ✓ Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung
- ✓ Vereinheitlichung der Pensionssysteme (ASVG, Beamte, ÖBB, etc.) in maximal 15 Jahren für alle PensionistInnen bis 2030 statt bis 2040
- ✓ Halbierung der Deckungslücke von 21,4 Milliarden in längstens zehn Jahren

Bei Mädchen sind es 83,7 Jahre, das sind immerhin 7,6 Jahre mehr als 1980. Ein Blick zurück auf den **Beginn des 20. Jahrhunderts** zeigt deutlich, welche dramatischen demographischen Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten passiert sind und vom staatlichen Pensionssystem verkraftet werden müssen. Kaum vorstellbar, denn zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten Männer eine statistische **Lebenserwartung von 40,6 Jahre, Frauen nur 43,4**. Seither haben sich diese Zahlen fast verdoppelt. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Anfänglich stieg die Lebenserwartung dank eines starken **Rückgangs der Säuglings- und Kindersterblichkeit** sukzessive an: Dazu zitierte das Versicherungsjournal aus dem aktuellen Jahrbuch der Gesundheitsstatistik: „Von 1.000 Neugeborenen starben in Österreich in den Jahren 1901–1905 noch 211,5, Anfang der 1970er-Jahre 25,9 und im Jahr 2014 3,0 im ersten Lebensjahr.“
2. Ab den 70ern steigt die Lebenserwartung durch einen zweiten Faktor, nämlich der **reduzierten Sterblichkeit im höheren Alter**, weiter an. Aktuell pro Jahr um zwei bis vier Monate. Siehe die Detail-Werte in der Tabelle.

Lebenserwartung der ÖsterreicherInnen seit 1970

Jahr	Männer		Frauen	
	bei Geburt	mit 60 J.	bei Geburt	mit 60 J.
1970	66,5	14,9	73,4	18,8
1980	69,0	16,3	76,1	20,3
1990	72,2	17,8	78,9	22,2
2000	75,1	19,7	81,1	23,8
2005	76,6	20,7	82,2	24,6
2010	77,7	21,5	83,2	25,3
2013	78,5	21,8	83,6	25,5
2014	78,9	22,1	83,7	25,8

Übrigens: Auf der Website der Statistik Austria (<http://www.statistik.at/Lebenserwartung/Start.jsp>) kann man seine statistische Lebenserwartung selbst berechnen.

- ✓ Stärkung der zweiten und dritten Säule zur besseren Verteilung der Pensionslast
- ✓ Aufgabe des Senioritätsprinzips bei der Entlohnung (wodurch die Gehälter mit dem Alter steigen).

Quellen: Der Standard, FondsProfessionell, Die Presse

Auch Vertreter der 2. und 3. Säule wollen bei Pensionsreformen mitreden

Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der österreichischen Pensionskassen, beklagte kürzlich, dass die Regierung die Vertreter der 2. und 3. Pensionssäule nicht zu Gesprächen im Zuge der Pensionsreform eingeladen hätte. Doch die Firmenpensionen würden einen wesentlichen Teil der Altersvorsorge darstellen und es sei wichtig, dass „sowohl die staatliche Pension, als auch die Zusatzpensionen gemeinsam an einem Strang ziehen“.

Gemeinsame Planung wichtig

Alle österreichischen Anbieter von Zusatzpensionen (Fachverband der Pensionskassen, der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, die Plattform der betrieblichen Vorsorgekassen und die Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften) halten eine gemeinsame Planung des gesamten Pensionssystems für unabdingbar, um die Pensionen in Österreich nachhaltig und auf ausreichend hohem Niveau zu sichern. Es gehe bei den Zusatzpensionen ganz klar um eine Ergänzung, „keinesfalls um Konkurrenz oder gar einen Ersatz des staatlichen Systems“, wird Manfred Rapf, Vorsitzender der Sektion Lebensversicherung im österreichischen Versicherungsverband VVO, im FondsProfessionell zitiert.

Unser Tipp:

Für Sie, werte BeraterInnen, ist das ein Handlungsauftrag. Wir alle müssen unseren KundInnen die künftige Entwicklung der zu erwartenden staatlichen Pension verdeutlichen. Und Problembewusstsein dafür schaffen, dass man in Zeiten sinkender staatlicher Pensionen seinen bisher gewohnten Lebensstil nur dann in der Pension aufrechterhalten wird können, wenn man die staatliche Pension durch Leistungen aus der 2. und 3. Pensionssäule aufbessert.

Denn Altersarmut der nächsten Generationen ist nur durch ein Miteinander der 1., 2. und 3. Säule verhinderbar!

› [Zu den weiteren Artikeln im Newsletter \(/nl123ba456/uebersicht/06_2016/\)](/nl123ba456/uebersicht/06_2016/)